

WACHSTUM - ABER WENIGER WOHLSTAND

von Eckart Flöther

Das Wachstum ist schon ein Gassenhauer. Die Industrie drückte sich aber bisher vor einer klaren Stellungnahme. Zum erstenmal diskutierten 130 Topleute auf dem Kongreß der EIRMA (European Industrial Research Management Association) freimütig über unsere Zukunft.

Im Sommer 1972 wurde die Welt aufgeschreckt. In dem Buch »Grenzen des Wachstums« wirft ein Forschungsteam vom Massachusetts Institute of Technology der Menschheit ihre Maßlosigkeit vor. Die EIRMA – von der OECD 1966 gegründet – ein feiner Club von 130 der bekanntesten Firmen aus 15 europäischen Ländern, versammelte sich im Februar unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu eineinhalbtägiger Klausur. Alle Beteiligten, mit den düsteren Aussichten der Studie wohlvertraut, hofften auf Erleuchtung.

Warum sind Manager ratlos?

Doch zuerst kam es menschlich. Professor Kleen, ehemaliger Forschungsdirektor von Siemens – sprach für viele: »Ich habe einfach Angst vor dem, was auf uns zukommt.« Der Präsident des weltweiten Philips-Konzerns Jhr. H. A. C. van Riemsdijk: »Ich fühle mich in einen Swimming-pool geschmissen, wo sollen wir hinschwimmen?« Vielfach herrschte Ratlosigkeit.

Vorstände und Forschungsdirektoren gestanden sich manches Dilemma ein:

○ Heute ist schon sicher, daß die westliche Welt in den nächsten zehn Jahren eine Energiekrise erlebt.

○ Die Werbung für Konsumgüter wird für Verbraucher mit immer mehr

Vorbehalt aufgenommen. Der Bürger fühlt sich nicht ehrlich beraten, er fühlt sich hinter's Licht geführt.

○ Gegen die Umweltverschmutzung durch Autos, die chemische Industrie, die Kernreaktoren ist ein breiter Feldzug in der Gesellschaft ange laufen. Professor U. Colombo, Direktor für strategische Planung von Montedison, resümierte:

»Das wirtschaftliche Wachstum, einst von Schumpeter als ein Prozeß kreativer Destruktion definiert, brachte zwar einen immer höheren Lebensstandard, aber keine höhere Lebensqualität. Für die Bürger westlicher Industrieländer verbesserten sich die Lebensbedingungen in kaum voraussehbarem Maße. Gleichzeitig nahm aber auch ihre Unzufriedenheit zu. Die Spannungen zwischen den sozialen Schichten, zwischen verschiedenen Generationen, zwischen Individuen steigen. Selbst die Konflikte im einzelnen Menschen nehmen zu.«

In vier Arbeitsgruppen wurden Empfehlungen für künftiges Handeln formuliert. Dabei schien es, als ob die Versammelten ihr Herz für den Mann auf der Straße entdeckt hätten. In der ersten Gruppe wurde über die Verfügbarkeit von Rohmaterialien diskutiert: »Es müssen Verfahren entwickelt werden, die mit einem geringeren Rohstoffeinsatz auskommen. Der Managing Director von British Steel, C. E. H. Morris, steuerte Beispiele bei: »Heute werden noch pro

Tonne produzierten Stahls bis zu 1000 Kilo Kokskohle verbraucht. In einigen Unternehmen gibt es aber schon Verfahren, die mit einem Verbrauch von 500 Kilo Kokskohle auskommen. Durch eine andere Konstruktionsweise sind heute im Brückenbau bis zu 60 Prozent Stahl einzusparen.«

Konsumgüter müssen länger leben

Einmal verarbeitete Rohstoffe müssen wieder in den Produktionsprozeß rückgeführt werden. Die Rückgewinnungsquoten sind nach Morris bei Blei 64 Prozent, Stahl 50 Prozent, Kupfer 40 Prozent, Zink 20 Prozent, Aluminium 15 Prozent, Glas zehn Prozent. Damit dieser »Recycling-Prozeß« nicht zu aufwendig wird, muß das Design von Autos, Kühlschränken verändert werden. Dadurch soll einerseits das Zerlegen einfacher werden, zum anderen müssen Aggregate und Materialien die gleiche Lebensdauer haben. Generell muß die Verschleißrate gesenkt, die Lebensdauer der Produkte erhöht werden. Für die knapp werdenden Rohstoffe müssen Substitutionsmaterialien gefunden werden – ein neuer Schwerpunkt für die Forschung.«

Die zweite Gruppe behandelte soziopolitische Probleme. Vizepräsident J. Fakstorp von F. L. Smidth & Co, Dänemark, faßte zusammen: →

»Die Industrie sollte sich als integrierter und mitverantwortlicher Bestandteil der Gesellschaft verstehen. Dazu ist eine höhere Sensitivität für die echten Verbrauchsbedürfnisse nötig. Wenn sich die schwer voraussehbaren Verbraucherwünsche nicht artikulieren, fühlen sich die Regierungen gezwungen, die Interessen der Verbraucher zu vertreten und tun leicht zuviel des Guten für ihre Bürger. Darüber hinaus werden Verbraucherschutzgesetze für nationale Märkte erlassen und erschweren internationalen Firmen weltweites Planen. Die Industrie sollte deshalb Verbraucherbewegungen stimulieren und unterstützen, damit sie kompetente Gesprächspartner erhält.«

Industrie ruft nach mehr Regierung

Der erhoffte Nebeneffekt: Mit dem durch Eigeninitiative gestärkten Bewußtsein könnte die Wegwerfmentalität gebremst, die bisherige egoistische Konsumoptimierung zugunsten größerer Verantwortlichkeit gegenüber der Gemeinschaft abgebaut werden.

Deutlich wurde, der Verbraucher muß die Industrie zwingen, sich mehr um seine Lebensbedingungen zu kümmern als um fadenscheinigen Luxus. Im rein materiellen Sinne wird der Lebensstandard künftig weniger stark steigen. Bietet die Industrie wirklich hochqualitative Waren an, findet sie auch genügend Käufer. Wer aber zuerst ein nichtrostendes Auto, einen Fernsehapparat mit zehnjähriger Garantie anbietet, wer sich als Verbraucherfreund eine Bresche schlägt, wird der nicht Markteinbußen hinnehmen müssen? Die Alternative wären Absprachen der Branchen, und dies könnte Konflikte mit den Kartellgesetzen bedeuten.

Bis es mit den von Fakstorp geforderten Bürgerinitiativen auf dem Konsumsektor soweit ist, muß eben doch nach dem Staat gerufen werden. Und dieser Ruf erscholl. Damit die Wettbewerber von gleichen Voraussetzungen ausgehen können, soll die Obrigkeit Regularien erlassen. So müßten durch steuerliche Maßnahmen Konsumgewohnheiten beeinflußt, umweltfeindliche Güter vom

Markt gefegt und die Produktion langlebiger Waren begünstigt werden.

Und noch auf einem anderen Gebiet wurde mehr Staat gefordert. Berichterstatter Fakstorp gestand ein:

»Die Industrie ist konservativ. Das Management dachte und handelte bisher kurzfristig. Jetzt wird klar, daß nicht nur in der Forschung sehr viel langfristiger geplant werden muß. Die Weichen für die nächsten zehn Jahre müssen jetzt gestellt werden.«

Die Versammelten erwarten von den jeweiligen Ministerien Leitlinien für Produktionsverfahren, die Beschaffenheit von Konsumgütern, für Prioritäten in den Sortimenten. Im gleichen Atemzug wurden aber Zweifel an der Fähigkeit des Staatsapparates laut. Hat der Staat genügend Experten mit Sachverstand für hochwissenschaftliche Forschung, für industrielle Technologien? An welchen Verlautbarungen kann sich die Industrie ausrichten, wenn der Staat widersprüchliche Politik betreibt, es zu Ungereimtheiten in der Gesetzgebung kommt oder auch nur kurzfristig bis zum nächsten Wahltermin gedacht wird.

Die dritte Gruppe analysierte die Energiesituation. Dr. A. R. W. Baddeley, Vorstandsmitglied der britischen Esso, kommentierte kompetent: »Europa braucht jedes Jahr fünf Prozent mehr Energie. 60 Prozent der Energie (Rohöl) werden importiert. Die Abhängigkeit von den Lieferländern ist bedrückend. Eine Substitution durch Atom- oder gar Sonnenenergie ist noch nicht möglich. Milliarden-Investitionen in Verfahren und Werke sind erforderlich. Heute schon müssen Unternehmen auf energiesparende Produktionsverfahren umstellen. Eine langfristige Energiepolitik kann nur in enger Kooperation zwischen Industrie und Staat betrieben werden.«

In der vierten Gruppe wurden die Wechselwirkungen von Forschung und Marktstrategie bei auftretenden Grenzen diskutiert. Generaldirektor der Union Chimique Belge M. D. Janssen gab den Bericht: »Grenzen und Zwänge gab es schon immer für die Märkte. Nur so dramatisch wie heute sah es noch nie aus. Eine Begrenzung des Wachstums aufgrund

Kommentar von Dr. K.-H. Standke, seit 4 Jahren Generalsekretär der EIRMA, Paris, und Mitglied des Wissenschaftsdirektorats der OECD.

Alle 44 Sekunden werden in der Welt eine Viertel Million Dollar für Forschungszwecke ausgegeben. Für den gleichen Betrag erstellten Wissenschaftler am MIT den Bericht »Grenzen des Wachstums«. Initiator war der »Club of Rome« unter dem Vorsitz von Dr. Aurelio Peccei.

Mit den Thesen der Studie des »Club of Rome« haben sich bisher Politiker, Gewerkschaftler und Wissenschaftler zum Teil leidenschaftlich auseinandergesetzt. Von vereinzelt Stimmen abgesehen, hat die Industrie am längsten dazu geschwiegen. Sicher nicht aus Desinteresse, sondern im Gegenteil, weil sie es ist, die am meisten von der gewünschten Wachstumsbegrenzung oder Wachstumsveränderung betroffen ist.

Uns erschien die EIRMA als besonders geeigneter Rahmen, um erstmals im europäischen Raum in der Industrielwelt eine Diskussion zum Thema »Die Industrie und die Grenzen des Wachstums« mit seinen unmittelbaren Auswirkungen auf die langfristige Unternehmens- und Forschungsstrategie auszulösen.

Von der EIRMA-Konferenz in Zürich erscheinen mir vier Ergebnisse als besonders bemerkenswert:

1. Die vorhandene und weiterhin wachsende Bereitschaft der Industrie, allgemein gesellschaftliche Erfordernisse sorgfältiger in ihrem eigenen Kalkül mitzubedenken. Dies führt zu einem neuen Selbstverständnis der Industrie als einer der Dienstleistungen, — nicht mehr und nicht weniger — deren die moderne Gesellschaft zu ihrer Funktion bedarf.

2. Die Bereitschaft zu einer Neuordnung des Verhältnisses Industrie und Staat. Durch seine Entscheidung über Art und Umfang der Bereitstellung von staatlichen Mitteln für Forschung und Entwicklung sowie seine Beschaffungspolitik über die Gesetzgebung und schließlich durch die Möglichkeiten seiner Steuerpolitik ist der Staat bereits allenthalben an der unternehmerischen Politik beteiligt. Zur besseren Wahrnehmung des Gesamtinteresses sollten beide Lager ihre Zusammenarbeit nicht als »notwendiges Übel« betrachten, sondern zu einer auch als solcher empfundenen Partnerschaft gelangen.

3. Die Belegschaft zu einer Neuordnung im Verhältnis von Top-Management und Forschungsmanagement. Von allen unternehmerischen Bereichen wird es am meisten von Forschung und Entwicklung abhängen, solche neuen oder veränderten Produkte und Verfahren zu konzipieren, die ein Funktionieren unserer immer mehr von Wissenschaft und Technik abhängigen Lebensform gewährleisten. Erste und unabdingbare Voraussetzung für die Lösung der in der Diskussion über Wert und Gefahren des wirt-



schaftlichen Wachstums aufgezeigten vielschichtigen Problems ist ein wechselseitig besseres Verständnis für die spezifischen, vor allem naturwissenschaftlich-technisch orientierten Probleme in der industriellen Forschung und Entwicklung auf der einen Seite und die vorwiegend ökonomisch-sozialen Probleme der Unternehmensleitung auf der anderen Seite.

4. Für die Industrie, die sich daran gewöhnen muß, ihre Daseinsberechtigung immer wieder unter Beweis zu stellen, bringt die weltweite Debatte um die »Grenzen des Wachstums« keineswegs eine einseitige Einengung ihrer Aktivitäten. Ganz im Gegenteil. Es hängt von ihr ab — und sogar fast ausschließlich von ihr — neue Wege zu finden für eine umweltfreundliche Technologie, für energie- und materialschonende Erzeugnisse, für eine bessere Nahrungsmitteltechnologie, eine angemessene Informations- und Bildungstechnik, ein zweckmäßigeres Verkehrswesen und so weiter. So gesehen zwingt diese Diskussion vielleicht noch rechtzeitig zu einem Nachdenken über die Richtigkeit des beschrittenen Weges unserer Gesellschaft, die wir voll Stolz einmal »Industriegesellschaft« genannt haben.

In seinem beschwörenden Schlußwort zur EIRMA-Konferenz in Zürich forderte zu Recht der Präsident der Philips-Gruppe Jhr. von Riemsdyk, daß es nicht die Aufgabe der Industrie zu sein habe, sich den wandelnden Problemstellungen der Gesellschaft anzupassen, sondern daß sie vielmehr diese Wandlungen voraussehen habe, wenn sie ihrer Rolle in der Gesellschaft gerecht werden will. →

oben genannter Entwicklung ist nicht nur kein taugliches Mittel, die auftretenden Probleme zu lösen, sie ist auch nicht erforderlich. Erforderlich sind anders strukturierte Produktionsprozesse, die ein anders strukturiertes Wachstum ermöglichen. Die Produktivfaktoren Geist und Phantasie verfügen über riesige, niemals sich erschöpfende Potentiale. Sie können ein Wachstum garantieren, das auf höherer Qualität basiert.

In die strategischen Planungsstäbe müssen Soziologen und Psychologen integriert werden, damit bei künftigen Unternehmensentscheidungen dieses humanisierte Wachstum gesichert wird, damit für die wirklichen Bedürfnisse der Bürger produziert wird.« Dr. A. Peccei, der Präsident des Clubs von Rom, befürchtet sonst ein Absinken des industriellen Einflusses in der Gesellschaft. Die Industrie kann nicht egoistisch ihre Ziele verfolgen und ihre Gewinne hochtreiben, sie muß der beste Interpret der Gesellschaft sein und nicht der eigenen Interessen.

Mehr Geld und Macht für die Forschung!

In der abschließenden Podiums Diskussion wurde über die Rolle der Forschung diskutiert.

1. Die Forschung erhält mehr Gewicht. Es ist primär Aufgabe der Forschung, neue Ziele und Alternativen zu finden sowie die neuen Parameter in die Unternehmenspolitik zu integrieren. Dazu muß die Forschung enger in die Entscheidungsverfahren, besser noch Entscheidungsgremien einbezogen werden.

2. Die Forschungsaufwendungen für neue Verfahren und Produkte werden erheblich steigen. Bei forschungsintensiven Firmen werden noch in den 70er Jahren 10 %ige Forschungsanteile am Umsatz keine Seltenheit sein. Zwischen der Industrie und den Regierungen wird es zu engeren Kooperationen kommen.

3. Die Forschungsprojekte müssen stärker selektiert werden. Priorität haben Forschungsvorhaben für eine bessere »Lebensqualität«. Gestoppt werden sollen Arbeitskräfte einsparende Verfahren, da es genug Arbeitsplätze auf der Welt gibt und →

Entwicklungen, die zu Mammutindustrieanlagen führen, damit nicht die apokalyptische Vision der Roboter Wirklichkeit wird, sondern der Mensch der Souverän bleibt.» Wie ein Regenschirm soll die software (Normen, soziale Verpflichtungen et cetera) die hardware (Technik) überspannen.« So Prof. Dr. H. B. G. Casimir, ehemaliger Philips-Vorstand.

4. Die Effizienz der Forschung muß erhöht werden. Kleinere Forschungseinheiten sind dabei erfahrungsgemäß effektiver. Zuverlässige Verfahren zur Forschungsbewertung müssen entwickelt werden.

5. In die Forschungsüberlegungen soll die Situation der unterentwickelten Länder mit einbezogen werden, weil sonst die Kluft zwischen entwickelten und unterentwickelten Ländern immer größer wird.

Welche Konsequenzen werden aus diesen zwei Kongreßtagen von der Industrie gezogen? PLUS befragte drei Teilnehmer.

Professor Dr. W. Dettmering, Vorstandsmitglied der Friedrich Krupp GmbH: »Drei große Trends sind erkennbar: 1. eine Technisierung, 2. eine Ökonomisierung und 3. eine Humanisierung der gesamten industriellen Entwicklung. Die Konsequenzen aus diesen Trends müssen durch sachliche Information hinreichend vorbereitet werden.«

Das Aufsichtsratsmitglied der Dornier GmbH, Friedrichshafen, Justus Dornier, faßt es noch präziser: »Das

wichtigste Ergebnis war meines Erachtens die Erkenntnis, daß die Schwerpunktsplanung von industrieller Forschung und Entwicklung nur auf interdisziplinärer Basis erfolgversprechend ist. Dazu gehört die Einbeziehung von Soziologen, Psychologen und Volkswirtschaftlern.

Die europäische Herausforderung!

Bedeutsam erscheint mir auch die Feststellung: Die industrielle Forschung und Entwicklung kann im Rahmen der durch die soziale Marktwirtschaft gegebenen Möglichkeiten und Grenzen normativen Policy-Änderungen, zum Beispiel Einführung neuer Abgasstandards bei Pkw, wegen der unter Umständen wettbewerbsverzerrenden Wirkung nur durch allgemein verbindliche Erlasse des Gesetzgebers folgen.«

J. Dornier sieht »die Zusammenarbeit der europäischen Regierungen untereinander bei Policy-Entscheidungen als noch verbesserungsfähig an«.

Dr. Hocks vom wissenschaftlichen Sekretariat der Schering AG: »Die Industrie muß bei ihrem anerkannten Hauptziel einer Gewinnmaximierung mindestens zwei neue Größen in schnell zunehmendem Umfang berücksichtigen: Die Vorräte vieler heute essentieller Rohstoffe gehen bei Fortbestehen des derzeitigen Ver-

brauchstrends in absehbarer Zukunft zur Neige. Die Produktion neuer Güter und Dienstleistungen hat in stärkerem Maß die Rückwirkung auf Gesundheit und das unter dem Terminus »Lebensqualität« zusammengefaßte Wertbild der Gesellschaft zu berücksichtigen.«

Nach diesen Reden, Bekenntnissen und Einsichten müssen nun Taten folgen. Taten von der Industrie und den Regierungen.

Der Industrie sollte das Wort von Prof. Dr. Kurt Biedenkopf ins Stammbuch geschrieben werden: »Ungenutzte Chancen für unternehmerische Initiative verfallen der staatlichen Zuständigkeit.«

Daß gerade die europäische Wirtschaft im Zugzwang ist, kommentiert Siccio Mansholt in einem Brief vom 9. 2. 1972 an den Präsidenten der Europäischen Gemeinschaften zur »Club of Rome«-Studie: »Wir sind verloren, wenn Europa nicht die Initiative ergreift, denn die Vereinigten Staaten von Amerika haben nicht die politische Kraft, die Welt zu einer Lösung zu führen.«

Dr. Peccei, von einem Kongreßteilnehmer »ein Sehender unter Blinden« genannt, motivierte den Kongreß mit dem Aufruf: »Wir stehen vor einer neuen Herausforderung. Sehen wir in ihr eine neue Chance. Mit Vertrauen in eine bewußtere Lebenshaltung und in die menschliche Erfindungsgabe werden wir sie meistern. Verlieren wir, sind wir selbst schuld.« □